

63. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.) In welcher Höhe hat die Bundesregierung im ersten Halbjahr 2021 Genehmigungen für den Export von Rüstungsgütern (Einzelgenehmigungen, Re-export, Sammelausfuhren) für die Türkei erteilt (bitte getrennt nach Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern und Wert der Genehmigungen auflisten), und in welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum aktuellen Stichtag in 2021 Kriegswaffen von Unternehmen aufgrund zuvor erteilter Genehmigungen tatsächlich ausgeführt (bitte den Gesamtwert und die jeweiligen Werte für die Gruppe der EU-, NATO-, NATO-gleichgestellten Staaten, der Drittstaaten und der Entwicklungsländer sowie die fünf wertmäßigsten Hauptempfängerländer angeben; sofern eine endgültige Auswertung noch nicht erfolgt ist, bitte die vorläufigen Zahlen zum aktuellsten Stichtag angeben)?

Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß vom 7. Juli 2021

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu der Schriftlichen Frage 21 der Abgeordneten Sevim Dağdelen auf Bundestagsdrucksache 19/28552 verwiesen. Im 2. Quartal 2021 wurden keine Einzelausfuhrgenehmigungen oder Sammelausfuhrgenehmigungen neu erteilt, die die Türkei als Empfängerland beinhalten. Es wurden auch keine Re-Exportzustimmungen für die Türkei als Empfängerland erteilt.

Der Weil der tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen wird durch das Statistische Bundesamt erhoben. Dazu verwendet das Statistische Bundesamt Anmeldungen von Unternehmen zur Außenhandelsstatistik (Zoll- und Intrastat-Anmeldungen). Es ist davon auszugehen, dass diese Anmeldungen – z. B. im Zusammenhang mit der Lieferung von Materialpaketen – auch Waren umfassen, denen keine Kriegswaffeneigenschaft zukommt. Hierbei handelt es sich um vorläufige Zahlen, die Revisionen unterliegen können. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Erteilung einer Genehmigung und die tatsächliche Ausfuhr der Güter aufgrund der Laufzeiten der Genehmigungen in unterschiedliche Kalenderjahre und damit auch in unterschiedliche Berichtszeiträume fallen können. Sie weist zudem darauf hin, dass eine zahlenbasierte Pauschalbetrachtung allein aufgrund von Genehmigungswerten bzw. hier der gemeldeten Werte von tatsächlichen Ausfuhren eines Berichtszeitraums kein taugliches Mittel für die Beurteilung der Restriktivität der Rüstungsexportpolitik ist.

Daten über die tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen aus der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2021 liegen dem Statistischen Bundesamt zum Zeitpunkt der Frage lediglich für die Monate Januar bis einschließlich April 2021 vor.

Die Auswertung tatsächlicher Ausfuhren von Kriegswaffen für diesen Zeitraum ergibt einen Gesamtwert weltweit von 320.965.000 Euro, die Auswertung nach Ländergruppen ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen. Die Außenhandelsstatistik unterscheidet Entwicklungsländer nicht von anderen Länderkategorien. Entsprechend ist eine Aussage zu den Kriegswaffenausfuhren in die Gruppe der Entwicklungsländer nicht

möglich. Auf die Möglichkeit doppelter Mitgliedschaften in EU und NATO mit Blick auf den Gesamtwert wird hingewiesen.

<i>Ländergruppe</i>	<i>Wert in Tausend Euro</i>
NATO-Länder	193.225
NATO-gleichgestellte Länder	16.283
EU-Länder	153.337
Drittländer	98.135

Die fünf Empfängerländer, für die im Januar bis einschließlich April 2021 die höchsten Ausfuhrwerte gemeldet wurden, sind Ägypten, Italien, Katar, die Niederlande und das Vereinigte Königreich. Dem Statistischen Bundesamt zufolge kann – mit Ausnahme von Ägypten, für welches der Wert 64.936.830 Euro und das Vereinigte Königreich, für welches der Wert 30.511.862 Euro beträgt – nicht ausgeschlossen werden, dass anhand der hier wiederzugebenden Einzelangaben eine Re-Identifizierung betroffener Unternehmen möglich ist. Die Bundesregierung ist darum nach sorgfältiger Abwägung zu der Auffassung gelangt, dass die erbetenen Auskünfte zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen geheimhaltungsbedürftig sind. Die entsprechenden Informationen sind als VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH eingestuft und in der Anlage zu dieser Antwort enthalten.*

64. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier auf seiner Delegationsreise in den USA vom 23. Juni bis 25. Juni 2021 bei dem Treffen mit der US-Handelsbeauftragten Katharine Tai oder einem anderen Termin mit der US-Administration die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA bei der CO₂-Bepreisung und einem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus angesprochen, vor dem Hintergrund, dass der Wissenschaftliche Beirat des BMWi eine solche Zusammenarbeit vorgeschlagen hat (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Ministerium/Veroeffentlichung-Wissenschaftlicher-Beirat/gutachten-co2-grenzausgleich-pressemitteilung.pdf?__blob=publicationFile&v=6), und zu welchem Ergebnis kam das Gespräch?

**Antwort der Staatssekretärin Claudia Dörr-Voß
vom 8. Juli 2021**

Auf seiner Reise nach Washington hat Bundesminister Peter Altmaier bei seinen vielseitigen Aktivitäten und Gesprächsterminen u. a. auch die spezifischen Themen CO₂-Bepreisung und CO₂-Grenzausgleichsmechanismus diskutiert. Er vertrat auch den Ansatz einer Klima- und Industrieallianz, wie zum Beispiel in seiner Rede vor der U.S. Chamber of Commerce.

* Die Bundesregierung hat einen Teil der Antwort als „VS – NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH“ eingestuft. Die Antwort ist im Parlamentssekretariat des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort von Berechtigten eingesehen werden.